

Inhaltsverzeichnis

1. Andreas Schwab	
2. CDU	
3. Transatlantic Policy Network	
4. Amazon	
5. European Internet Foundation	
6. European Logistics Platform	

Andreas Schwab

Andreas Schwab (*9. April 1973 in Rottweil) ist Mitglied des **Europäischen Parlaments** (CDU/EVP) und dort Mitglied im **Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz** (IMCO). Weiterhin ist er Berater der Wirtschaftskanzlei **CMS Hasche Sigle** (CMS) und Mitglied des **Transatlantic Policy Network** (TPN), einer Organisation großer europäischer und US-amerikanischer Unternehmen sowie wirtschaftsnaher Netzwerke, die durch die Einbindung von europäischen und US-amerikanischen Politikern die transatlantische Politik beeinflusst.

Inhaltsverzeichnis

1 Berater bei CMS Hasche Sigle	2
2 Wirken	2
3 Karriere	3
4 Mitgliedschaft in Ausschüssen des EU-Parlaments	3
5 Verbindungen und Netzwerke	3
6 Zitate	3
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
8 Einzelnachweise	3

Berater bei CMS Hasche Sigle

Schwab ist seit 2010 als Berater ("Of Counsel") im Berliner Büro der Wirtschaftskanzlei CMS Hasche Sigle (CMS) für den Bereich Europarecht sowie Kartell- und Beihilferecht tätig^[1] und bezieht aus dieser Tätigkeit ein Einkommen der Kategorie 3 (1.001 - 5.000 Euro brutto monatlich).^[2] Laut ihrer Webseite berät CMS die Wirtschaft zu allen Aspekten der EU-Gesetzgebung und vertritt ihre Mandanten bei der EU-Kommission und anderen EU-Institutionen sowie den europäischen und deutschen Gerichten.^[3] Einer der Schwerpunkte der europarechtlichen Tätigkeit von Schwab ist das "Legal Lobbying". Er selbst bestreitet einen Zusammenhang zwischen seiner Tätigkeit für die Societät und seiner aktuellen Tätigkeit im EU-Parlament.

Wirken

- Der von Schwab im EU-Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) eingebrachte Änderungsvorschlag zum Artikel 4 Ziffer 13 der Datenschutz-Grundverordnung der EU stammte teilweise Wort für Wort aus einem Lobby-Papier von **Amazon**.^[4] Die gewünschte Änderung hätte es Konzernen wie **Amazon** erlaubt, sich über die freie Wahl ihres Hauptsitzes das Land mit den schwächsten Behörden oder Kontrollen auszusuchen. **Amazon** ist - wie Schwab - Mitglied im **Transatlantic Policy Network** (TPN).
- Ein Mandant von CMS ist der Verband Deutscher Zeitungsverleger, der zu den Beschwerdeführern im Kartellverfahren gegen Google gehört.^[5] Der Antrag im Europäischen Parlament zur Zerschlagung von Google wurde vom CMS-Berater Andreas Schwab eingebracht.^[6]
- In seiner Zeit als Berater auf dem Gebiet des Kartellrechts für CMS war Schwab auch Berichterstatter des EU-Parlaments für eine Richtlinie "über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach einzelstaatlichem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union", die auch die Interessen von CMS-Mandanten berührt.^{[7][8]}

Karriere

- seit 2019 Vorsitzender der Delegation für Beziehungen zur Schweiz und zum EWR
- 2019 Wiederwahl zum Koordinator im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz & zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung
- seit 2017 Vorsitzender der CDU Südbaden
- seit 2009 Tätigkeit als Of Counsel bei der Anwaltssozietät CMS Hasche Sigle
- seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments
- 2003 Regierungsassessor am Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Stuttgart, als persönlicher Referent der Ministerin
- 2003 2. juristisches Staatsexamen
- 2002 Promotion an der Universität Freiburg
- 2001 Referendar am Landgericht Rottweil
- 2000 Masterstudium an der University of Wales
- 1999 1. juristisches Staatsexamen
- 1993 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg und Paris

Quelle: ^[9]^[10]^[11]

Mitgliedschaft in Ausschüssen des EU-Parlaments

- Mitglied im [Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz](#) (IMCO)
- Stellv. Mitglied im [Ausschuss für Wirtschaft und Währung](#) (ECON)

Verbindungen und Netzwerke

- Mitglied des [Transatlantic Policy Network](#)
- Mitglied der [European Internet Foundation](#)
- Beiratsmitglied der [European Logistics Platform](#)

Zitate

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Andreas Schwab](#), ums.law/en, abgerufen am 30.04.2019
2. ↑ [Erklärung der finanziellen Interessen](#), europarl.europa.eu, abgerufen am 30.04.2019
3. ↑ [Competition & EU](#), cms.law/en, abgerufen am 01.05.2019
4. ↑ Markus Balser/Uwe Ritzer: Lobbykratie. Wie die Wirtschaft sich Einfluss, Mehrheiten, Gesetze kauft, München 2016, S. 131

5. ↑ [Forderung nach Google-Zerschlagung: Fäden zur deutschen Presselobby](#), Winfuture News, 26. 11. 2014, abgerufen am 10. 11. 2015
6. ↑ [Nach europäischer Google-Resolution: Werden US-Onlinekonzerne künftig stärker sanktioniert?](#), Institut für Medien und Kommunikation, 28. 11. 2014, abgerufen am 10. 11. 2015
7. ↑ [Rückblick: Dialog mit EP-Berichterstatler Dr. Andreas Schwab](#), europa.eu, abgerufen am 30.04.2019
8. ↑ [CMS International Disputes Conference and Drinks Reception](#), ums.law.en, abgerufen am 30.04.2019
9. ↑ [Lebenslauf](#), europa.eu, abgerufen am 30.04.2019
10. ↑ [Lebenslauf](#), andreas-schwab.de, abgerufen am 01.05.2019
11. ↑ [\[1\]](#), europa.eu, abgerufen am 31.10.2022

CDU

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	4
1.1 Bundestagswahl 2025	4
1.2 Bundestagswahl 2021	5
1.3 Bundestagswahl 2017	5
1.4 Bundestagswahl 2013	5
1.5 Bundestagswahl 2009	6
2 Finanzierung	6
2.1 Rechenschaftsberichte	6
2.2 Top-Spender	7
2.3 Gesamteinnahmen	8
2.4 Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU	9
2.5 Sponsoring	10
3 Wirtschaftsrat der CDU	10
4 Bundesvorsitzender Merz	11
5 Generalsekretär Linnemann	11
6 Bundesgeschäftsführer Birkenmaier	11
7 Beteiligungen an Unternehmen	11
8 Weiterführende Informationen	11
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
10 Einzelnachweise	11

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Das Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 2025 enthält keinerlei Forderungen zu schärferen Regulierung von Parteispenden, Lobbyismus oder für mehr Transparenz.^[1]

Bundestagswahl 2021

Weder im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 noch im Grundsatzprogramm der CDU werden Fragen von Lobbyismus und Transparenz behandelt. Die Union hat jedoch in der 19. Legislatur gemeinsam mit der SPD nach großen Skandalen in der Union ein Lobbyregister und Änderungen im Abgeordnetenrecht geschaffen, die wichtige Schritte hin zu mehr Transparenz bedeuten.

Hintergründe und ausführliche Informationen sind unter [Lobbyregister Deutschland](#) und [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#) zu finden.

Bundestagswahl 2017

Die Unionsparteien sind in Sachen Lobbykontrolle bisher vor allem durch Eines aufgefallen: eine strikte Verweigerungshaltung. Ob im Bundestag, in Anhörungen oder bei anderen Auftritten: Unionsvertreter/innen sagten immer wieder, es gäbe keinerlei Handlungsbedarf. Dabei stellten sie immer wieder nachweislich falsche Behauptungen in den Raum. Zum Beispiel, dass Sponsoringeinnahmen der Parteien völlig transparent seien. Im gemeinsamen Wahlprogramm tauchen Themen wie Transparenz oder Schranken für Lobbyist/innen schlichtweg nicht auf.^[2] In der zurückliegenden Wahlperiode und auch zuvor blockierte die Union nahezu alle Initiativen für mehr Lobbykontrolle. So vermochte sie in der Debatte um ein verpflichtendes Lobbyregister „kein Transparenzdefizit“ erkennen und lehnte dementsprechend eine bessere Regelung ab. Ausnahmen waren die mit der SPD im Koalitionsvertrag 2013 vereinbarten Vorhaben zur Karenzzeit und zur Abgeordnetenbestechung (siehe SPD), wobei die Union auch dabei auf möglichst schwache Regeln drängte.

Für sich entdeckte die Union nur einmal ein lobbykritisches Thema: Als im Wahlkampf 2013 die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Wirbel sorgten, sparte die Union nicht mit Kritik. Im Ergebnis wurden die Stufen, anhand derer die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen, von drei auf zehn erweitert. Während des „Rent-a-Sozi“-Skandals (Ende 2016) um gekauften Zugang zu SPD-Spitzenpolitiker/innen hingegen hielt sich die Union bedeckt und verweigerte politische Konsequenzen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass schon vor Jahren ähnliche Zugangsgeschäfte mit den CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich aufgefliegen waren.

Die Union setzte durch, dass Ex-Finanzminister Theo Waigel, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in zahlreiche Lobbyjobs wechselte, Mitglied des dreiköpfigen Karenzzeit-Gremiums wurde. Dieses Gremium soll der Bundesregierung Empfehlungen zum Umgang mit eben solchen Seitenwechslern geben.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Bundestagswahl 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[3]

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[4]

Finanzierung

Die CDU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 150.536.032,07 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 71.186.700,18 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Damit ist die CDU mit großem Abstand Spitzenreiter vor allen anderen Parteien in Deutschland. Einnahmen der Schwesterpartei [CSU](#) sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendengesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der CDU

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht 2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021

nach Jahren sortiert

[Rechenschaftsbericht
2022](#)

[Rechenschaftsbericht
2023](#)

Top-Spender

Die 10 Topspender der CDU in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Christoph Alexander Kahl	1.978.160 €	
DVAG (Firmengeflecht)	1.591.001 €	Spenden von Deutscher Vermögensberatung AG, Allfinanz Deutsche Vermögensberatung sowie Bundesverband Deutscher Vermögensberater
Familie Gröner	880.000 €	Spenden von Gröner Family Office GmbH und Christoph Gröner
Schambach, Stephan	1.238.000 €	
Familie Quandt /Klatten (BMW)	650.010 €	Spenden von Susanne Klatten, Stefan Quandt und Johanna Quandt
Dr.-Ing. E.h. Martin Herrenknecht	659.102 €	
Dr. August Oetker KG	435.500 €	Spenden von Dr. August Oetker KG, Arend Oetker, Alfred Oetker sowie Carl-Ferdinand Oetker
Droege Group AG	300.000 €	
Prof. Dr. Hans Georg Näder	299.000 €	
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	438.368,85 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheid sowie Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.

Weitere Spender der CDU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CDU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	36,26	21,0	36,41	26,7	37,22	23,2	37,67	24,92	37,55	24,60
Mandatsträgerbeiträge	23,06	13,36	22,32	16,37	21,89	13,65	21,54	14,25	21,12	13,84
Spenden von natürlichen Personen	12,34	7,15	11,04	10,27	26,75	16,65	17,99	11,90	16,25	10,65
Spenden von juristischen Personen	5,84	3,38	7,34	5,38	14,82	9,24	8,75	5,79	7,31	4,79
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Aus sonstigem Vermögen	3,64	2,11	1,95	1,43	1,79	1,11	5,08	3,36	2,11	1,38
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	10,91	6,31	8,92	6,52	6,15	3,84	5,76	3,81	13,48	8,83
Staatliche Mittel	57,96	33,57	44,46	32,61	51,11	31,81	53,73	35,54	54,11	35,39
Sonstige	22,66	13,12	0,98	0,72	0,81	0,55	0,65	0,43	0,88	0,52
Summe	172,664 Mio €		136,36 Mio €		160,36 Mio €		151,16 Mio €		152,63 Mio €	

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	37,74	25,62	37,57	23,98	37,73	26,03	38,75	25,64	39,33	28,77
Mandatsträgerbeiträge	20,74	14,08	20,09	12,82	19,44	13,39	17,53	11,66	17,22	12,66
Spenden von natürlichen Personen	12,11	8,22	22,58	14,41	15,13	10,45	20,06	13,28	12,14	8,99
Spenden von juristischen Personen	4,97	3,37	12,63	8,06	7,05	4,87	10,74	7,11	6,05	4,44
Aus Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

und Beteiligungen	0	0	0	0	3	3	0	0	0	0
Aus sonstigem Vermögen	1,7 4	1,1 8	2,0 2	1,2 9	2,3 2	1, 6	2, 8	1,8 6	3,4 4	2, 5
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	13,2 1	8,9 7	12,7 9	8,1 6	12,8 2	8,8 4	11,6 8	7,7 4	11, 7	8,5 4
Staatliche Mittel	56,1 4	38,1 0	48,3 6	30,8 6	49, 5	34,1 9	48,0 5	31, 8	46, 4	33,8 8
Sonstige	0,6 8	0,4 6	0,6 6	0,4 2	0,9 2	0,6 3	1,4 8	0,9 7	0, 8	0,5 7
Summe	147,3 Mio €		156,7 Mio €		144,83 Mio €		151,1 Mio €		137 Mio €	

Quellen:^[5]

*Anmerkung:*Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Spenden von natürlichen Personen an die CDU im Jahr 2020 beliefen sich auf 17,986 Mio € und wurden auf 17,99 Mio € aufgerundet.

Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU

Christoph Gröner spendete 2020 insgesamt 820 Tsd. Euro an die Berliner CDU (320 Tsd. Euro als Privatperson und 500 Tsd. Euro über die Gröner Family Office GmbH); 2021 belief sich die Spende von Gröner auf 20 Tsd. Euro.^{[6][7]}

Die beiden Spenden von 2020 waren nach einem von LobbyControl beauftragten [Rechtsgutachten](#) wahrscheinlich illegal, weil damit Erwartungen verbunden waren, wie Gröner selbst 2021 öffentlich zugab.^[8]

Laut „Tagesspiegel“ vom 19.05.2023 beschäftigte sich der Deutsche Bundestag mit den Großspenden an die CDU.^[9] Der Vorgang sei ausgewertet worden, um über ein mögliches weiteres Vorgehen zu entscheiden. Transparency International hatte im Mai 2023 Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in einem Brief aufgefordert, dass die Bundestagsverwaltung als zuständige Stelle die Parteispenden überprüfen solle.^[10] Ende Juli 2023 wurde bekannt, dass die Bundestagsverwaltung die Prüfung eingestellt hat. "Eine Stellungnahme der CDU habe den in Medienberichten geäußerten Verdacht eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz ausgeräumt"^[11]

Anlass der Prüfung waren Recherchen des „Tagesspiegel“, nach denen sowohl Gröner als auch die CDU mehrfach gesagt haben, dass mit den Spenden Absprachen oder Bitten des Unternehmers verbunden seien.

- Im Podcast „Tacheles“ von Deutschlandfunk Kultur“ erklärte Gröner am 8. Mai 2021 zu seiner Großspende: "Ich habe der CDU drei Bedingungen gesetzt. Ich habe gesagt, ich möchte, dass die Kinder im Kinderheim, die behindert sind, genauso viel Geld für ihre Kleider kriegen wie die nichtbehinderten. Die kriegen nämlich 200 Euro weniger. Ich habe gesagt: Wenn das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel nicht abschafft, dann möchte ich auch, dass die CDU den nicht abschafft, aber modifiziert.^[12]
- Im Tagesspiegel-Podcast „Berliner & Pfannkuchen“ erklärte Gröner in Bezug auf die Spenden: „Ich habe eine einzige Forderung an den Herrn Wegner gestellt, und die war die, dass ich gesagt habe: ‚Kinder im Kinderheim, die behindert sind, sollen bitte in Zukunft den gleichen Kleidersatz kriegen wie Kinder, die nicht behindert sind.‘(…)“ Das ist sozusagen schriftlich fixiert.“^[13]

- Auch Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) bestätigte 2021 in einem [Interview](#), dass die Spende von Gröner mit Forderungen verbunden war.

Später bestritt Gröner, die Spenden an politische Forderungen geknüpft zu haben: Er habe im Zusammenhang mit den Spenden „nie eine Bitte geäußert, einen Wunsch erklärt, noch eine Bedingung gestellt. Und wenn ich etwas anderes gesagt habe, dann war es im Affekt (...)“.^[14] Auch die Gröner Family Business Office GmbH bezeichnete eine Verbindung zwischen Spende und Forderung nun als falsch; es sei in der Öffentlichkeit eine Diskussion entstanden, die diesen Zusammenhang konstruieren möchte.^[15] Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) erklärte, er sei nicht beeinflussbar.^[16] Entscheidend sei, dass er politische Entscheidungen von einer solchen Spende nicht abhängig mache. Das werde er nie tun.

Laut LobbyControl offenbart der Fall Gröner große Mängel in der Kontrolle der [Parteienfinanzierung](#) in Deutschland: „Es ist hochproblematisch, wenn bei einer Spende in dieser Größenordnung Verstöße öffentlich zugegeben werden, und die zuständige Stelle davon nicht einmal Notiz nimmt. Das Parteiengesetz muss dringend reformiert werden. Es braucht schärfere Transparenzpflichten und schnellere Offenlegung sowie eine unabhängige und mit mehr Ressourcen ausgestattete Kontrolle. Aber das alleine reicht nicht aus. Spenden in dieser Höhe sind oft mit Erwartungen verbunden, die sich schwer kontrollieren lassen, Parteien aber in Abhängigkeiten bringen. Dies gilt besonders auf Landesebene, wo einzelne Spenden den Großteil des Wahlkampfbudgets einer Partei ausmachen können, wie auch im Fall Gröner. Das wirksamste Mittel, um dieses Problem zu bekämpfen, ist deshalb ein Parteispendendeckel. LobbyControl fordert eine Obergrenze von 50.000 Euro pro Spender:in pro Jahr.“^[17]

Hintergrundanalyse von LobbyControl zu Parteispenden inkl. Kritik an den Spenden von Gröner: [Die Parteispenden steigen, die Intransparenz bleibt](#)

Sponsoring

[Parteisponsoring](#) ist bislang nicht im Parteiengesetz geregelt und fällt daher nicht unter die Transparenzregeln, die für Parteispenden gelten. Die Sponsoren vergangener CDU-Parteitage lassen sich daher nur vereinzelt durch Fotos ausgestellter Sponsorentafeln bestimmen und können z.T. auf den Webseiten der Parteitage eingesehen werden:

- [Sponsoren des 25. Parteitags der CDU, 03.-05.12.2012](#)
- [Sponsoren des 29. Parteitags der CDU, 05.-07.12. 2016](#)
- [Sponsoren des 31. Parteitags der CDU, 07.-08.12. 2018](#)
- [Sponsoren des 32. Parteitags der CDU, 22.-23.11.2019](#)
- [Sponsoren Landesparteitag Baden-Württemberg, 23.01.2021](#)
- [Sponsoren des 34. Parteitags der CDU, 22.01.2022](#)

Wirtschaftsrat der CDU

Der [Wirtschaftsrat der CDU](#), eine Vorfeld-Organisation der CDU, ist eine wichtige Lobbyorganisation von unionsnahen Unternehmern. Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[18] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im

Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage eines CDU-Mitglieds aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg und wird weitere Schritte prüfen. Hierzu könnte etwa eine erneute Klage eines Parteimitglieds mit Delegiertenstatus vor dem Parteigericht oder der Gang vor das Zivilgericht gehören.^[19]

Bundesvorsitzender Merz

[Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU und Kanzlerkandidat der Union, war Top-Lobbyist und seit 1999 Präsidiumsmitglied und seit 2019 Vizepräsident des [Wirtschaftsrats](#). Nach Kritik durch [LobbyControl](#) im Jahr 2021 gab er beide Posten auf.^[20]

Generalsekretär Linnemann

Generalsekretär [Carsten Linnemann](#) war bis 2021 Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU

Bundesgeschäftsführer Birkenmaier

Phiipp Birkenmaier war u.a. Leiter des Arbeitsstabs Mittelstandsstrategie im Bundesministerium für Wirtschaft (2019-2020) und Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (2012-2019)^[21]

Beteiligungen an Unternehmen

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die CDU Mehrheitsbeteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- [Union Betriebs GmbH](#), Rheinbach (Medienunternehmen)
- Kommunal-Verlag GmbH (Medienunternehmen), Berlin
- CDA Verlagsgesellschaft mbH (Medienunternehmen), Berlin
- Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH (Medienunternehmen) , Wiesbaden
- Domizil Verwaltungs- und Verlagsgesellschaft Niederdeutsche Stimmen GmbH, Hannover
- Verlag für Landespolitik und Werbung GmbH (Medienunternehmen), Kiel
- V-G-B Verwaltungsgesellschaft für Grundstücke und Beteiligungen mbH, Düsseldorf
- Kommunalpolitische Vereinigung Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Recklinghausen

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wahlprogramm von CDU und CSU](#), cdu.de, abgerufen am 18.02.2025

2. ↑ [Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2017, pdf \(630 kB\)](#), abgerufen am 25.08.2017
3. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
6. ↑ [Gröner Family Office GmbH](#), lobbypedia.de, abgerufen am 25.06.2023
7. ↑ [Parteispenden über 50.000 Euro 2020](#), bundestag.de, abgerufen am 25.06.2023
8. ↑ [Gröner-Spenden an die CDU: Parteien, verklagt den Bundestag!](#) www.lobbycontrol.de vom 13.09.2023, abgerufen am 27.03.2024
9. ↑ [Nach widersprüchlichen Aussagen Bundestag wertet umstrittene Gröner-Spenden an Berliner CDU aus](#), tagesspiegel.de vom 19.05.2023
10. ↑ [Gröner-Spenden an CDU: Transparency International fordert Bundestagsverwaltung zur Prüfung auf](#), transparency.de vom 17.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
11. ↑ [Keine "Einflusssspende"](#) www.sueddeutsche.de vom 27.07.2023, abgerufen am 27.07.2023
12. ↑ [Vom Versagen der Politik und dem Wusch zu bauen](#), deutschlandfunkkultur.de vom 08.05.2021, abgerufen am 01.07.2023
13. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
14. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
15. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
16. ↑ [Wegner dementiert Bedingungen eines Unternehmers für Parteispende](#), rbb24.de vom 21.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
17. ↑ [Pressemitteilung vom 19.05.2023](#), abgerufen am 01.07.2023
18. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
19. ↑ [Pressmitteilung vom 28.04.2023](#), abgerufen am 29.04.2023
20. ↑ [LobbyControl auf Twitter am 15.12.2022](#), abgerufen am 04.08.2022
21. ↑ [Dr. Philipp Birkenmaier](#), linkedin.com, abgerufen am 01.12.2024

Transatlantic Policy Network

Das **Transatlantic Policy Network (TPN)** ist eine Organisation großer europäischer und US-amerikanischer Unternehmen sowie wirtschaftsnaher Netzwerke, die durch die Einbindung von europäischen und US-amerikanischen Politikern die transatlantische Politik im Sinne ihrer wirtschaftlichen Interessen beeinflusst. Das TPN setzte sich insbesondere für das geplante US-EU-Freihandelsabkommen **TTIP** ein.

Transatlantic Policy Network (TPN)



Rechtsform	Nichtregierungsorganisation
Tätigkeitsbereich	
h	
Gründungsdatum	1992
Hauptsitz	Brüssel und Washington
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue Froissart 115, 1040 Brüssel

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	13
2 Organisationsstruktur und Personal	13
2.1 Vorstand ("Board of Directors")	13
2.2 Lenkungsausschuss ("Steering Committee")	14
2.3 Beratender politischer Ausschuss ("Advisory Political Committee")	14
2.4 Beratender Unternehmensausschuss ("Advisory Business Committee")	14
2.5 Ehrenpräsidenten	14
2.6 Mitglieder	14
2.7 Kooperierende Organisationen ("Cooperating Institution")	14
3 Finanzen	15
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
5 Einzelnachweise	15

Aktivitäten

Das TPN dient der Interessenkoordinierung und Vernetzung von Unternehmen, Verbänden, Parlamentariern und Regierungsvertretern aus den USA und der EU. Die Positionen des TNP sind der Initiative [Strengthening and renewing the transatlantic agenda](#) und [The TPN PAPERS: TOWARDS TRANSATLANTIC PARTNERSHIP 2030](#) zu entnehmen. Die Interessenkoordinierung findet insbesondere in den Lenkungsausschüssen („Steering Committees“) statt. Außerdem gibt es fünf Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen: Political Dimension, Security and Defence, Sustainable Development, Digital transformation sowie Trade and investment. Als weitere Aktivitäten werden genannt:

- „Transatlantic Week“. Diese mehrtägige Konferenz findet jährlich statt. Teilnehmer sind Abgeordnete, Mitglieder der US Administration, Beamte der EU-Institutionen, Vertreter der Wirtschaft und der Verbände
- „Outreach Roundtables“ sind Informelle Gesprächsrunden
- „Political and Educational Exchanges“. Es handelt sich um einen Meinungsaustausch mit Mitgliedern des US-Kongresses und des Europäischen Parlaments. Über langfristige Kontakte wird auch der Austausch von Mitarbeitern erleichtert, der von kooperierenden Organisationen ("cooperating institutions") organisiert wird.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand ("Board of Directors"))

Mitglieder des fünfköpfigen [Board of Directors](#) sind u.a.:

- James Ellis, Vorsitzender, bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments (Großbritannien/Konservative Partei), Mitgründer und Mitglied des Lenkungsausschusses („Steering Committee“) des [European Internet Forum](#) (EIF)
- Thierry de l'Escaille, Generalsekretär der European Landowner's Association

Lenkungsausschuss ("Steering Committee")

- Vorsitzende des EU-Lenkungsausschusses ist Danuta Hübner, Mitglied des Europäischen Parlaments (Polen/EPP), dort Mitglied im „Ausschuss für internationalen Handel“ und „Ausschuss für Wirtschaft und Währung“) sowie Mitglied von: [European Parliamentary Financial Services Forum](#), [Knowledge4Innovation](#) und [European Internet Forum](#)
- Vorsitzender des US-Lenkungsausschusses ist Jim Costa, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (Demokrat)

Beratender politischer Ausschuss ("Advisory Political Committee")

Vorsitzende ist Kati Piri, Mitglied des Europäischen Parlaments (Niederlande/S&D), dort Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel

Beratender Unternehmensausschuss ("Advisory Business Committee")

- Vorsitzender auf EU-Seite: [Burkhard Ober](#), Associate Partner bei der Hume Brophy Consultancy mit Zuständigkeit für Lobbyismus, Vorsitzender des [Wirtschaftsrat Brüssel](#), bis 08/2020 Head of Global Public Policy bei der [Allianz SE](#)
- Vorsitzender auf US-Seite: [Lisa Schroeter](#), Global Director, Trade and Investment Policy bei Dow Chemical, ehem. Direktorin des [Transatlantic Business Dialogue](#) (TABD) und Mitglied einer Vielzahl wirtschaftsnaher Organisationen

Ehrenpräsidenten

- Ehrenpräsident auf EU-Seite: [Elmar Brok](#)
- Ehrenpräsident auf US-Seite: John Boehner

Mitglieder

- [Mitglieder des Europäischen Parlaments](#) sind u.a.: Reinhard Bütikofer (Deutschland/EFA), Constanze Angelika Krehl (Deutschland/S&D), Sergey Lagodinsky (Deutschland/EFA), [Andreas Schwab](#) (Deutschland/EPP), Daniel Caspary (Deutschland/EPP), Michael Gahler (Deutschland/EPP), Jan-Christian Ehler (Deutschland/EPP), [Markus Ferber](#) (Deutschland/EPP), David McAllister (Deutschland/EPP), Sven Schulze (Deutschland/EPP) und Axel Voss (Deutschland/EPP)
- [Mitglieder des US-Kongresses](#) sind Senator Roger Wick und 10 Mitglieder des Repräsentantenhauses
- [Business Members](#) sind u.a.: [Allianz](#), Siemens, [BASF](#), [Daimler](#), [Facebook](#), [Microsoft](#), [Apple](#), [Bertelsmann](#), Dow Chemical, [Google](#) und UPS

Kooperierende Organisationen ("Cooperating Institution")

Zu den [kooperierende Organisationen](#) gehören: [AmCham EU](#), [Businesseurope](#), [European Policy Centre](#) (EPC), European-American Business Council, [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#) (DAPG), [European Roundtable of Industrialists](#) (ERT)

Finanzen

Laut [EU Transparenz-Register](#) finanziert das TPN sich ausschließlich über Mitgliedsbeiträge. Das Budget belief sich im Jahr 2020 auf ca. 487 Tsd. Euro.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

Amazon

Amazon ist der weltweit größte Internethändler. Das Unternehmen ist bekannt für seine Steuervermeidungstricks und schlechten Arbeitsbedingungen. Außerdem wird Amazon vorgeworfen, seine überragende Marktstellung zu missbrauchen. In Washington und Brüssel betreibt Amazon intensive Lobbyarbeit. Vor allem bei der Gesetzgebung zum EU-Datenschutz wurde der Konzern aktiv. Um Steuern zu sparen lässt Amazon 75 Prozent seiner Geschäfte außerhalb der USA über Tochterunternehmen in Luxemburg laufen.^[1]

Amazon.com Inc.

Branche	Versandhandel
Hauptsitz	Seattle, Washington
Lobbybüro Deutschland	Marcel-Breuer-Str. 12, 80807 München
Lobbybüro EU	Avenue des Arts 27, 1040 Brüssel
Webadresse	www.amazon.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	16
1.1 Lobbyarbeit in Brüssel ^[2]	16
1.2 Lobbyarbeit in den USA	17
1.3 Lobbyarbeit in Deutschland	19
2 Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht	19
2.1 USA	19
2.2 EU	20
2.3 Deutschland	20
3 Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung	20
4 Fallbeispiele und Kritik	21
4.1 2022: Millionenschwere Imagekampagne als Beispiel von Deep Lobbying	21
4.2 2021: Lobbyismus für die Legalisierung von Cannabis in den USA	22

4.3 Big-Brother-Award 2018	22
4.4 2014-2016: Amazon an deutschen Schulen	22
4.5 2013: Lobby Schlacht zur EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)	22
5 Kurzdarstellung und Geschichte	23
6 Weiterführende Informationen	23
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	23
8 Einzelnachweise	23

Lobbystrategien und Einfluss

Amazon hat eigene Lobbybüros in den für Amazon wichtigen Machtzentren, wie Brüssel und Washington. Amazon ist Mitglied in diversen Verbänden und betreibt dadurch indirekt - in Kooperation mit anderen Unternehmen - Lobbyarbeit. Das Unternehmen ist unter anderem Mitglied bei [BITKOM](#), einem Digitalverband mit guten Beziehungen zum [Bundeskanzleramt](#) und dem [Bundeswirtschaftsministerium](#). Auf EU-Ebene ist Amazon zudem Mitglied bei [DIGITALEUROPE](#), dem wichtigsten Verband der globalen IT-Branche in der EU. In den USA beauftragt Amazon Lobbyfirmen, die das Unternehmen bei speziellen Angelegenheiten vertreten.

Lobbyarbeit in Brüssel^[2]

Amazon Europe Core SARL gibt im Transparenzregister an, in Brüssel 8 Lobbyist:innen zu beschäftigen. 9 Interessenvertreter:innen haben einen Hausausweis für das [Europäische Parlament](#).

Ein zentraler Ansprechpartner für Amazon war seit 2018 der EU-Kommissar für Binnenmarkt Thierry Breton zu den Verhandlungen zum [Digital Service Act \(DSA\)](#) und zum [Digital Markets Act \(DMA\)](#). Darin plante die EU-Kommission zum einen den Umgang mit Hassnachrichten, Falschinformationen und Betrug auf digitalen Plattformen zu regulieren.

Zum anderen möchte sie Wettbewerbsregeln für marktmächtige Plattformen (sogenannte Gatekeeper) aufstellen. Als so ein Gatekeeper lobbyiert Amazon mit anderen Digitalkonzernen gegen die Entwürfe. Ende 2020 traf Amazon den EU-Kommissar für Binnenmarkt Thierry Breton mit 16 weiteren Spitzenlobbyisten, darunter Twitter, Google, TikTok und Microsoft. Auch mit Kabinettszugehörigen der Kommissions-Präsidentin Von der Leyen traf sich Amazon 2022 zweimal zum Digital Service Act.

Darüber hinaus haben sich Amazon-Lobbyist:innen vermehrt mit Kommissar:innen unterschiedlicher Bereiche getroffen. Solche Treffen gab es zwischen 1/2020 und 5/2023 19 Mal.

Neben eigenen Lobbyist:innen machen vor allem Verbände, in denen Amazon Mitglied ist, Lobbyarbeit für Amazon.

In der Aufschlüsselung der Lobbyausgaben in Brüssel zeigt sich, wie Amazon seine Lobbyarbeit bis 2021 gesteigert hat, 2022 sanken sie laut Amazon wieder leicht.

Jahr	Lobbyausgaben in Brüssel (in €)
2022	2,750,000€ - 2,999,999€
2021	3,000,000€ - 3,499,999€

2020	2,750,000€ - 2,999,999€
2019	1,750,000€ - 2,000,000€
2018	1,750,000€ - 2,000,000€
2017	1,750,000€ - 2,000,000€
2016	1,750,000€ - 2,000,000€
2015	1,500,000€ - 1,750,000€
2014	600,000€ - 700,000€

Quelle: LobbyFacts^[2]

Amazon Europe Core SARL ist u.a. Mitglied der folgenden Lobbyverbände^[3]

- [Bruegel](#)
- [Computer and Communications Industry Association](#) (CCIA)
- [DIGITALEUROPE](#)
- E Commerce Europe
- [EuroCommerce](#)
- DOT – Digital Online Tech
- [European Policy Centre](#) (EPC)
- EuroISPA Asb ([European Internet Services Providers Associations](#))
- [European Internet Forum](#) (EIF)
- European Payment Institutions Federation EPIF
- Fedil

Lobbyarbeit in den USA

Neben der eigenen Lobbyarbeit hat Amazon (nur amazon.com) im Jahr 2023 neunzehn weitere externe Unternehmen damit beauftragt, die amerikanische Politik in einer Vielzahl von Bereichen zu beeinflussen. Dazu gehören Themen wie Steuerreformen, Datenschutz oder Internetsicherheit.^[4]

Eine Investigativ-Recherche von Reuters (11/2021)^[5] zeigte auf, dass Amazon durch die Lobbyarbeit eines Teams aus 250 Mitarbeiter:innen mehr als 3 Dutzend Gesetzesentwürfe zu Datenschutz in 25 Bundesstaaten schwächte oder zunichte machte. Ziel war es, Sprachaufnahmen aus dem Gesetzestexten auszuschließen, sodass der Vertrieb der sprachgesteuerten Assistenz ‚Alexa‘ gewährleistet war. Dadurch konnte Amazon eine große Mengen sensibler Daten seiner US-amerikanischen Kund:innen weiter sammeln. Amazon lies Handelsgruppen, die Amazon selbst finanzierte, als Gegner der Gesetze auftreten. Offiziell nahm der Konzern so nie Stellung zu den Gesetzen, um dem eigenen Image nicht zu schaden.

Zentral für die Erfolge Amazons war Jay Carney, ehemaliger Pressesprecher im Weißen Haus, der die Kampagne leitete. Dafür baute Carney und sein Team eine riesige Datenbank auf, in der Lobbykontakte zu Politiker:innen verwaltet wurden. So konnte genau geschaut werden, welche Politiker:innen wichtig für die Gesetzesgebung waren und welche Lobbyleistungen sie bereits erhalten haben. „Amazon launched a “watering the flowers” program to cultivate a “well-tended garden” of VIPs (Very Important Policymakers) through carefully tracked political donations, meetings and Amazon site tours.“^[5]

Verbraucherschützer:innen bezeichneten eines der verwässerten Gesetze in Washington als Schweizer Käse. Ein Gesetz, welches die Verbraucher:innen im Schein lässt etwas für deren Datenschutz zu tun, ohne jedoch wirklich wirksam zu sein.

Nach Recherchen des Journalisten Alex MacGillis lobbyierte Amazon gegen die Umsatzsteuer, die das Unternehmen bei einem Großteil der Verkäufe von Drittanbietern noch immer nicht berechnete, gegen die Regulierung von Drohnen, von denen es hoffte, sie zum Ausliefern von Paketen einzusetzen und gegen jede Bemühung, das Unternehmen von den US-Kartellbehörden prüfen zu lassen.^[6] Amazon lobbyierte weiterhin, um bei der amerikanischen Post die vergünstigten Zustellpreise zu behalten. Die Lobbytätigkeit betraf auch die Auftragsvergabe der Regierung, weil das Unternehmen hoffte, zentrale Anlaufstation bei allen Anschaffungen des Bundes zu werden.

In den USA kann man anhand der Daten des amerikanischen Lobbyregisters sehen, wie hoch die Zunahme der Lobbyausgaben von Amazon ist. Seit 2012 haben sich die Lobbyausgaben vervielfacht. Die Darstellung des Lobbyregisters in Quartalen zeigt, dass im ersten Quartal 2023 ein Wert von US\$ 4,630,000 erreicht wurde.^[7]

Jahr	Lobbyausgaben in den USA (in US\$)
2022	21,38 Millionen
2021	19,32 Millionen
2020	17,86 Millionen
2019	16,14 Millionen
2018	14,19 Millionen
2017	12,84 Millionen
2016	11,02 Millionen
2015	9,07 Millionen
2014	4,74 Millionen
2013	3,45 Millionen
2012	

2

2,50 Millionen

Quelle: opensecrets.com^[8]

Lobbyarbeit in Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt Amazon Deutschland Services GmbH an, (Stand: 02.06.2023):

- im Jahr 2021 1,18 Mio. bis 1,19 Mio. € für Lobbyarbeit auszugeben und
- 11 bis 20 Beschäftigte im Bereich der Interessenvertretung zu beschäftigen, wobei 18 namentlich genannt werden ([zum Registereintrag](#)).

Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht

Amazon ist ein stetig wachsender und seine Geschäftsfelder erweiternder Konzern. Die Corona-Krise hat der Expansion einen zusätzlichen Schub gegeben. Nach der Pandemie schwächte der Umsatz wieder etwas ab. 2022 wies Amazon eine Steigerung des weltweiten Umsatzes von 9,4% auf 514 Milliarden Dollar auf, der Nettogewinn sank nach dem Pandemiejahr 2021 (33,4 Mrd. Dollar) auf einen Netto-Verlust von 2,7 Mrd. Dollar.^[9] Umsatztreiber waren neben den Cloud-Services (AWS) vor allem das Marktplatz-, Prime- und Werbegeschäft.

In Deutschland lag der Umsatz 2022 bei ca. 31 Mrd. Euro.^[9] Beim Online-Handel in Deutschland gehen 2022 auf Amazon 56% der gesamten Umsätze aus dem Onlinehandel zurück.^[10] Die wachsende Macht der Digitalkonzerne und ihr Aufstieg zu den größten Lobbyakteuren hat zu Debatten um eine Vielzahl kontroverser Themen geführt: Macht der Internetplattformen als Gatekeeper, die Beeinflussung von Wahlkämpfen und öffentlichen Debatten, der Umgang mit Hassrede und Fake News, die Regulierung von Künstlicher Intelligenz, Digitalsteuern, etc.^[11] Die vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie eingesetzte Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 ist der Überzeugung, dass die Bestreitbarkeit von Machtpositionen in der Digitalwirtschaft dauerhaft gewährleistet bleiben, ihre Ausnutzung zur Behinderung von Innovation und Wettbewerb unterbunden sowie eine machtsbedingte Erstreckung auf weitere Märkte verhindert werden muss.^[12] Insbesondere in den USA, der EU und Deutschland werden Maßnahmen diskutiert und umgesetzt, mit denen die Macht der Konzerne beschränkt und ihre fragwürdigen Geschäftspraktiken unterbunden werden sollen. Die Digitalkonzerne haben deshalb ein starkes Interesse daran, über verstärkte Lobbyausgaben strengere gesetzliche Regelungen zu verhindern. So hat Amazon in den USA die Lobby-Ausgaben 2020 um 9,6 % erhöht.^[13] In Brüssel haben sich die Lobbyausgaben von 2019 auf 2020 stark erhöht und pendeln seitdem auf hohem Level.^[2]

USA

Das Abgeordnetenhaus im amerikanischen Kongress hat am 11. Juni 2021 fünf Gesetzesentwürfe vorgelegt, die es erleichtern könnten, die Internetkonzerne zu zerschlagen und ihnen den Verkauf bestimmter Produkte zu verbieten.^[14] Zugleich sieht sich Amazon kartellrechtlichen Ermittlungen der Federal Trade Commission ausgesetzt. Der Generalstaatsanwalt von New York hat am 25. Mai 2021 Klage gegen Amazon wegen des Missbrauchs seiner überragenden Marktstellung eingereicht.^[15] Amazon verbiete unabhängigen Händlern, ihre Waren auf alternativen Plattformen zu günstigeren Preisen anzubieten und verlange eine Gebühr, die bis zu 40 % des Preises betrage.

EU

Mit dem [Gesetz über digitale Dienste](#) (Digital Services Act) will die Europäische Kommission ein besseres Gleichgewicht zwischen Rechten und Verantwortlichkeiten von Nutzern, Plattformen und Behörden herstellen und das Internet sicherer machen.^[16] Das [Gesetz über digitale Märkte](#) (Digital Markets Act) legt eine Reihe eng definierter objektiver Kriterien für die Einstufung einer großen Online-Plattform als „Gatekeeper“ fest. Diese dürfen gegenüber den von ihnen abhängigen gewerblichen Nutzern und Kunden keine unlauteren Praktiken anwenden, um einen unbilligen Vorteil zu erlangen. Am 24. März 2022 bzw. am 23. April 2022 haben sich EU-Parlament, Kommission und Mitgliedsstaaten auf die endgültige Fassung der genannten Gesetze geeinigt.^{[17][18]}

Deutschland

Im Januar 2021 ist die 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB-Digitalisierungsgesetz) in Kraft getreten. Der Gesetzgeber will damit vor allem die Marktmacht großer Digitalkonzerne wie Amazon beschränken. Insbesondere der neue § 19a GWB sieht neue, weitreichende Eingriffsbefugnisse für das Bundeskartellamt gegenüber „Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb“ vor. Im Juli 2022 stufte das Bundeskartellamt Amazon als Unternehmen mit "überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb" ein, wogegen der Konzern vor dem Bundesgerichtshof klagt.^[19]

LobbyControl setzt sich beim Bundeskartellamt dafür ein, dass es seine neuen Möglichkeiten nutzt, um die Macht von Amazon zu zerschlagen.^[20] Diese Forderung basiert auf einem [Gutachten von Rechtsanwalt Dr. Kim Manuel Künstler: Amazon entflechten? November 2023](#), das zu dem Schluss kommt, dass Entflechtungsmaßnahmen nicht nur rechtlich möglich, sondern auch nötig sind, um die Monopolmacht des Konzerns zu begrenzen und Schaden von der Demokratie abzuwenden.

Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung

Insbesondere die global operierenden Digitalkonzerne können ihre Gewinne in Staaten mit niedrigen Steuersätzen verlagern und dadurch ihre Effektivsteuern bis auf nahe Null senken, was den Wettbewerb verzerrt und den finanziellen Gestaltungsspielraum der betroffenen Länder vermindert. Amazon hat in den Jahren 2009-2018 knapp 26,5 Mrd. Dollar Gewinn gemacht, aber nur rund 791 Millionen an Steuern gezahlt.^{[21][22]} 2018 soll Amazon auf einen Gewinn von 11,2 Mrd. Dollar sogar eine Steuergutschrift von 129 Mio. Dollar erhalten haben. Die EU-Kommission hat gegen Amazon ein Verfahren wegen der Gewährung unfairer Steuervorteile über ein Steuerkonstrukt in Luxemburg eingeleitet, über dessen Berechtigung das Gericht der Europäischen Union (EuG) im Mai 2021 entschieden hat.^[23] Das Gericht bekräftigte zwar, dass die Kommission derartige Arrangements in Frage stellen dürfe, bemängelte aber, diese habe mit ihrer Methodik nicht nachgewiesen, dass die Steuerlast tatsächlich künstlich verringert worden sei. Der Europaabgeordnete Sven Giengold (Grüne) forderte darauf hin strengere Wettbewerbsregeln, die staatlichen Beihilfen in Form von Steuervergünstigungen enge Grenzen setzen. Vor diesem Hintergrund soll die internationale Unternehmensbesteuerung reformiert werden.

Im Rahmen der OECD haben sich 137 Staaten auf faire Verteilrechte und einen einheitlichen Mindeststeuersatz von mindestens 15 Prozent geeinigt. Am 9./10. Juli 2021 haben die Finanzminister*innen der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, der G20, das Konzept beschlossen.^[24] Die Besteuerungsrechte sollen tendenziell vom Ort der Produktion dahin gelenkt werden, wo die Produkte

vermarktet werden. Dazu soll ein Anteil des Gewinns einer Unternehmensgruppe oder Geschäftssparte den Staaten mittels einer Formel zugeteilt werden. Dabei kommt es nicht darauf an, ob das Unternehmen in dem Staat einen Sitz hat. Neben dem Implementierungsplan der internationalen Staatengemeinschaft beabsichtigt auch die Europäische Kommission, den Prozess eng zu begleiten, um eine zeitnahe und einheitliche Umsetzung innerhalb der Europäischen Union zu gewährleisten.

Die Staats- und Regierungschef aus der Gruppe der zwanzig wichtigsten Wirtschaftsnationen (G 20) billigten am 30. Oktober 2021 in Rom das Konzept, auf das sich zuvor 136 Länder verständigt hatten.^[25] Für Länder, die bisher stark vom Steuerwettbewerb profitiert haben, sind gewisse Übergangserleichterungen vorgesehen. Nach einer Pressemitteilung des Europäischen Rats der EU vom 12.12.2022 haben die EU-Mitgliedsstaaten eine grundsätzliche Einigung über die Umsetzung der Mindeststeuerkomponente (die sogenannte zweite Säule) der internationalen Steuerreform der OECD auf europäischer Ebene erzielt.^[26] Der Bundesrat hat am 15. 12. 2023 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 10. 11. 2023 verabschiedeten Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Gewährung einer globalen Mindestbesteuerung und weiterer Begleitmaßnahmen zuzustimmen.^[27]

Kurz nach OECD-Beschluss wurden Befürchtungen der US-Finanzministerin Janet Yellen veröffentlicht, laut denen Amazon von den Regelungen zu Steuerzahlung in den Marktstaaten nicht betroffen sein könnte.^[28] Der Konzern sein demnach als ganzes, vor allem wegen seiner Onlinehandelsparte nicht profitabel genug, weise also eine zu geringe Gewinnmarge auf, um unter die Regelung zu fallen. Insidern zufolge könnte es eine Sonderregelung geben, die eben diese Fälle abdeckt, indem sie einzelne Sparten der Unternehmen betrachtet, die sowohl einen Gesamtumsatz von 20 Mio. US-Dollar als auch eine Gewinnmarge von 10% aufweisen. Überlegungen sind auch, die Umsatz-Kennzahl von 20 Mio. auf 10 Mio. US-Dollar zu senken.^[29]

Fallbeispiele und Kritik

2022: Millionenschwere Imagekampagne als Beispiel von Deep Lobbying

LobbyControl kritisierte im November 2022 die millionenschwere Imagekampagne von Amazon, mit welcher der Konzern auf die anhaltende Kritik an den schlechten Arbeitsbedingungen in den Versandzentren reagierte. Insgesamt 8,1 Mio. € (Bruttowerbekosten) flossen demnach in Werbung, die 2021 in Zeitungen in Deutschland geschaltet wurden. Diese Ausgaben übersteigen das Budget, das Amazon im deutschen Lobbyregister für direkte Lobbyarbeit angibt, denn die Ausgaben für Imagekampagnen werden hierbei nicht erfasst.^[30]

Recherchen von Correctiv ergaben zudem, dass die in der Werbung enthaltenen Botschaften ein „stark verzerrtes Bild der Realität“ vermitteln, denn die tatsächlichen Arbeitsbedingungen würden sich, anders als in den Kampagnen inszeniert, durch „Druck, Kontrolle und extreme Belastung“ kennzeichnen.^[31] Mit dem Ziel dieser Kampagnen, langfristig die öffentliche Meinung und die Politik zu beeinflussen und mit einem positiv erzeugtem Image von einem politischen Handlungsbedarf im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen abzulenken, sind diese Kampagnen durchaus Teil der Lobbystrategie des Konzerns, wie LobbyControl kritisiert. Es handelt sich dabei um erweiterte Lobbyarbeit (auch **deep lobbying** genannt), für die, wie das Beispiel der Imagekampagne von Amazon zeigt, verbesserte Transparenzregeln notwendig sind.^[32]

2021: Lobbyismus für die Legalisierung von Cannabis in den USA

Im September 2021 gab Amazon in einer [Mitteilung](#) bekannt, dass sich der Konzern mit Lobbyarbeit für eine flächendeckende Legalisierung von Cannabis in den USA einsetzt. Amazon unterstütze dabei vor allem zwei Gesetzesentwürfe, die neben einer Legalisierung auch die Rehabilitation bisher verurteilter Straftäter befürworten. Mit einer flächendeckenden Legalisierung würde sich Amazon als Versandhändler ein weites Vertriebsfeld eröffnen. ^[33]

Big-Brother-Award 2018

Für den Sprachassistenten Alexa erhielt Amazon im Jahr 2018 den „Big-Brother-Award“ in der Kategorie Verbraucherschutz. ^[34]

2014-2016: Amazon an deutschen Schulen

Mit dem Schulwettbewerb „Lesen macht Spaß“ hat Amazon, unter dem Vorbehalt der Förderung von Lese- und Schreibkompetenzen, Lobbyarbeit an deutschen Schulen betrieben. Der Wettbewerb fand von Dezember 2014 bis Februar 2015 statt. Dies geschah im Umkreis aller deutschen Logistik- und Kundendienststandorte des Konzerns. Mehr als 200 Grundschulklassen haben an diesem Wettbewerb teilgenommen. Als Siegesprämie wurden E-Book-Reader und Gutscheine für das Herunterladen von E-Books spendiert. Aber nicht nur die Gewinner erhielten eine Prämie. Jede teilnehmende Klasse hat einen Amazon-Gutschein im Wert von 50€ erhalten. Durch diesen Schulwettbewerb konnte Amazon unkritische Berichte in den Lokalzeitungen der verschiedenen Städte verbuchen. Viele Bürgermeister der Städte äußerten sich in Zeitungsartikeln durchweg positiv, und die Kritik an dem Konzern bezogen auf schlechte Arbeitsbedingungen und Steuerflucht rückte in den Hintergrund.

Dieser Schulwettbewerb blieb jedoch nicht der einzige. Bereits ein Jahr später, 2016, wurde diese Form des Lobbyismus unter einem neuen Namen bundesweit im Umfeld der Logistikzentren weitergeführt. Mit „Kindle Storyteller Kids“ sollte auch hier wieder die Lese- und Schreibkompetenz der Schüler gefördert werden, indem sie Geschichten schreiben. ^[35] Das Bundesland Hessen hat darauf reagiert und den Wettbewerb verboten. Diesem Beispiel folgten auch die Schulministerien der Bundesländer in NRW und Baden-Württemberg. Auch Bayern und Rheinland-Pfalz stufen den Wettbewerb als kritisch ein. Lediglich das Schulministerium in Sachsen hält den Wettbewerb für unproblematisch, solange es keine reinen Hinweise auf die kommerzielle Nutzung gibt. ^[36]

2013: Lobby Schlacht zur EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Von besonderer Bedeutung war die Lobbyarbeit im Jahr 2013. Amazon war einer der treibenden Kräfte in der „Lobby Schlacht“, als über die Gesetzestexte der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verhandelt wurde. Der Konzern hat versucht, Europa-Abgeordnete davon zu überzeugen, hunderte von Änderungsanträgen im Interesse von Amazon einzubringen. ^[37] Durch das Webportal LobbyPlag ^[38] hat sich herausgestellt, dass Änderungsanträge und Passagen, die von Amazon eingebracht wurden, teilweise wortwörtlich von den Abgeordneten des Europa Parlaments übernommen wurden. Das zeigt sich zum Beispiel durch die Streichung des Artikel 7 Absatz 4 der DSGVO, die Amazon in ihrem Lobby-Papier eingebracht hat. Durch die Streichung können Unternehmen Daten verarbeiten, die sie durch ihre Überlegenheit erlangt haben. Dadurch gilt eine Einwilligung zur Datenverarbeitung, auch wenn keine Möglichkeit bestand die Zustimmung zu verweigern. ^[39]

Kurzdarstellung und Geschichte

Amazon wurde 1994 als Online-Buchhandel in Seattle gegründet. Über die Jahre entwickelte sich die Plattform zu einem der führenden e-Commerce Anbieter und weitet seine Marktmacht auch über andere Bereiche aus. Zu den wichtigsten Geschäftsbereichen gehört die Cloudsparte Amazon Web Services, die von Netflix, Facebook und Zoom genutzt wird, sowie der Logistik- und Versanddienst Amazon Logistics. Seit 2016 vertreibt Amazon zudem den Amazon Echo, einen sprachgesteuerten persönlichen Assistenten Alexa, der in den USA der meistverkaufte Sprachassistent ist.

Weiterführende Informationen

- *Machtspielchen* - der Podcast von LobbyControl. "Die Macht der Digitalkonzerne" vom 23.01.2023^[1]
- [Beschluss des Bundeskartellamts zur Feststellung einer überragenden marktübergreifenden Bedeutung für den Wettbewerb vom 5. Juli 2022](#)
- [Macht der Digitalkonzerne](#)
- [Die Revolution der kleinen Zahl - ausführliche Analyse der globalen Mindeststeuer in der Süddeutschen Zeitung vom 2. Juli 2021](#)
- [Die Maschine Amazon](#)
- [Hat es Amazon auf die Betriebsräte abgesehen?](#)
- [Amazon](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Mit dieser Methode spart Amazon Steuern](#), deutschlandfunk.de vom 14.05.2021, abgerufen am 05.07.2021
2. ↑ ^{2,02,12,2} [Lobbyausgaben EU](#), lobbyfacts.eu vom 26.04.23, abgerufen am 20.05.23
3. ↑ [EU Transparenz-Register](#), ec.europa.eu, abgerufen am 18.05.2023
4. ↑ [Lobbythemen von amazon.com, 2023](#), OpenSecrets, zuletzt aufgerufen am 19.05.2023
5. ↑ ^{5,05,1} [Amazon wages secret war on Americans' privacy, documents show](#), reuters.com vom 19.11.21, abgerufen am 19.05.23
6. ↑ Alex MacGillis: *Ausgeliefert - Amerika im Griff von Amazon*, Frankfurt am Main 2021, S. 109
7. ↑ [Query the Lobbying Disclosure Act database: Amazon](#), the United States Senate, zuletzt abgerufen am 02.06.2023
8. ↑ [Client profile Amazon.com](#), opensecrets.org, zuletzt abgerufen am 19.05.2023
9. ↑ ^{9,09,1} [Amazon steigert Umsatz, aber Gewinn schrumpft](#), handelsblatt.net vom 03.02.023, abgerufen am 02.06.2023
10. ↑ [Über Amazon laufen 56% der deutschen E-Commerce-Umsätze](#), onlinehändler-news.de vom 04.07.2022, abgerufen am 02.06.2023
11. ↑ [Big Tech, big Lobby](#), lobbycontrol.de vom 23.01.2020, abgerufen am 27.05.2021

12. ↑ [Ein neuer Wettbewerb für die Digitalwirtschaft Bericht der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 September 2019](#), bmwi.de, abgerufen am 28.05.2021
13. ↑ [Big Tech: Rekordausgaben für Lobbyarbeit in den USA](#), lobbycontrol.de vom 27.01. 2021, abgerufen am 28.05.2021
14. ↑ [Amerika knöpft sich seine Tech-Giganten vor](#), faz.de vom 12.06.2021, abgerufen am 12.06.2021
15. ↑ [Amazon accused of unfair pricing policies by Washington DC](#), bbc.com vom 25.05.2021, abgerufen am 26.06. 2021
16. ↑ [Ein Rahmen für die digitale Wirtschaft](#), hss.de vom 06.04.2021, abgerufen am 27.05.2021
17. ↑ [<https://www.lobbycontrol.de/2022/04/frust-und-freude-einigng-beim-digital-markets-act-dma/>] Frust und Freude: Einigung beim Digital Markets Act (DMA), lobbycontrol.de vom 22.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
18. ↑ [EU-Kommission begrüßt die Einigung auf Regeln für Online-Plattformen](#), bundesregierung.de vom 25.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
19. ↑ [Hat Amazon eine „überragende marktübergreifende Bedeutung?“](#), lto.de vom 28.06.2023
20. ↑ [Amazon ist zu mächtig und muss zerschlagen werden](#), lobbycontrol.de vom 07.11.2023
21. ↑ [Biden schießt scharf gegen Amazon](#), tagesschau.de vom 01.04.2021, abgerufen am 28.05.2021
22. ↑ [Mit dieser Methode spart Amazon Steuern](#), deutschlandfunk.de vom 14.05.2021, abgerufen am 05.07.2021
23. ↑ [Rückschlag im Kampf gegen Steuertricks](#), sueddeutsche.de vom 12.05.2021, abgerufen am 29.05.2021
24. ↑ [Reform der internationalen Unternehmenssteuer kommt](#), bundesfinanzministerium.de vom 10.07.2021, abgerufen am 27.07.2021
25. ↑ [G 20 billigen Konzept für globale Mindeststeuer](#), faz.de vom 30.10.2021, abgerufen am 31.10.2021
26. ↑ [Internationale Besteuerung: Rat erzielt Einigung über Mindestbesteuerung der größten Unternehmen](#), consilium.europa.eu vom 12.12.2022, abgerufen am 18.12.2022
27. ↑ [Beschluss des Bundesrates](#), bundesrat.de, abgerufen am 17.12.2023
28. ↑ [Amazon von globaler Mindeststeuer womöglich nur teilweise betroffen](#), manager-magazin.de, abgerufen am 20.05.2023
29. ↑ [Was hinter der globalen Mindeststeuer steckt](#), deutschlandfunk.de, abgerufen am 20.05.2023
30. ↑ [Pressemitteilung. Schlechte Arbeitsbedingungen bei Amazon: Millionenschwere Imagekampagne](#) lobbycontrol.de, vom 30.11.2022, abgerufen am 16.12.2022
31. ↑ [Die Maschine Amazon](#) correctiv.org, vom 23.11.2022, abgerufen am 16.12.2022
32. ↑ [Schlechte Arbeitsbedingungen: Millionenschwere Imagekampagne von Amazon](#) lobbycontrol.de, vom 30.11.2022, abgerufen am 16.12.2022
33. ↑ [Amazon setzt sich für die Legalisierung von Cannabis ein](#) rnd.de, vom 23.09.2021, abgerufen am 20.11.2021
34. ↑ [Die BigBrotherAwards 2018](#), BigBrotherAwards, abgerufen am 03.05.2018
35. ↑ [Amazon verstößt gegen Schulgesetz](#) ,LobbyControl, 19. Mai 2016, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
36. ↑ [Amazon verstößt gegen Schulgesetz](#) ,LobbyControl, 07. Juni 2016, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
37. ↑ [Amazon: lobbying to weaken data privacy rights, refusing lobby transparency](#), Corporate Europe Observatory, zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
38. ↑ [Comparison of Amendments ans Lobby Propsals](#), LobbyPlag, zuletzt aufgerufen am 23.04.2018
39. ↑ [Bye bye Datenschutz: EU-Parlament kopiert von Amazon, ebay & Co.](#), Netzpolitik vom 10.02.2013, zuletzt aufgerufen am 07.05.2018

European Internet Foundation

Weiterleitung nach:

- [European Internet Forum](#)

European Logistics Platform

Die **European Logistics Platform** (ELP) ist eine [Intergroup](#), die nicht beim **EU-Parlament** registriert ist.

European Logistics Platform

Rechtsform	nicht rechtsfähiger Verein (Association de fait)
Tätigkeitsbereich	Intergroup der Logistik-Branche
Gründungsdatum	2013
Hauptsitz	Rue du Commerce 77, Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro	
EU	
Webadresse	www.european-logistics-platform

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung	25
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	26
2.1 Steuerungsgruppe ("Steering Committee")	26
2.2 Sekretariat	26
2.3 Beirat	26
2.4 Mitglieder	27
3 Weiterführende Informationen	27
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	27
5 Einzelnachweise	27

Kurzdarstellung

Die 2013 gegründete ELP ist im [EU-Transparenzregister](#) eingetragen, jedoch nicht beim **EU-Parlament** registriert.

Mitglieder sind Unternehmen und Verbände aus der Logistikbranche und Abgeordnete des EU-Parlaments. Laut ihrer Webseite besteht ihr Zweck darin, politische EntscheidungsträgerInnen und InteressenvertreterInnen der Industrie zusammen zu bringen. Die ELP verschafft LobbyistInnen die Möglichkeit, EU-Parlamentariern und Vertretern der EU-Kommission in den Räumen des Europäischen Parlaments ihre Sichtweise zu den Rahmenbedingungen der europäischen Logistikindustrie darzulegen. Bei den Veranstaltungen tritt jeweils ein Abgeordneter als Gastgeber ("host") auf.

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Steuerungsgruppe ("Steering Committee")

Mitglieder der Steuerungsgruppe sind^[1]:

- **Alexander Kirschall** (Vorsitzender), Leiter der EU-Repräsentanz in Brüssel der [Deutschen Post DHL](#)
- Nicolette Van der Jagt (Stellv. Vorsitzende), Generaldirektorin des europäischen Speditionsverbands [European Association for Forwarding, Transport, Logistics and Customs Services](#) (CLECAT)
- Julian Böcker (Schatzmeister), Pressesprecher Duisburger Hafen AG

Sekretariat

Das Sekretariat der ELP ist beim europäischen Speditionsverband [European Association for Forwarding, Transport, Logistics and Customs Services](#) (CLECAT) angesiedelt, der sich um die Logistik kümmert.

Beirat

Deutsche Mitglieder des Beirats ("Advisory Board") sind^[2]:

- Axel Voss (CDU/EVP), Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
- Dieter-Lebrecht Koch (CDU/EVP)
 - Mitglied der Intergroup on [Climate Change, Biodiversity & Sustainable Development](#)
 - Mitglied des Vorstands des [European Transport Safety Council](#) (ETSC)
- Michael Cramer (Bündnis 90/Die Grünen/Freie Europäische Allianz), Mitglied des Vorstands des [European Transport Safety Council](#) (ETSC)
- [Markus Ferber](#) (CSU/EVP)
 - Stellv. Vorsitzender der [Hanns-Seidel-Stiftung](#)
 - Mitglied von [Transatlantic Policy Network](#) und [Sky and Space](#)
 - Mitglied des Beirats der [K & S Consultants](#) AG und des Sparkassenverbands Bayern
- [Andreas Schwab](#) (CDU/EVP), ist Mitglied von: [European Internet Forum](#), [Sky and Space](#), [Kangaroo Group](#), [Transatlantic Policy Network](#)
- Gesine Meissner (FDP/Allianz der Liberalen), Vorsitzende der Intergroup [Seas, Rivers, Islands, Coastal Affairs](#)

Mitglieder

Mitglieder sind ^[3]:

- [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA)
- Amazon
- [Community of European railway and infrastructure companies](#) (CER)
- [Deutsche Bahn](#) (DB Mobility Networks Logistics)
- [Deutsche Post DHL](#)
- Duisport
- FERRMED
- International Road Transport Union (IRU)
- Michelin
- Transport en Logistiek Nederland (TLN)
- [European Association for Forwarding, Transport, Logistics and Customs Services](#) (CLECAT)
- [Association of European Vehicle Logistics](#) (ECG)
- Nordic Logistics Association
- Volvo Group
- [Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft](#) (BDL)
- European Shippers Council (ESC)
- [European Rail Flight Association](#) (ERFA)

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Contact](#), Webseite European Logistics Platform, abgerufen am 06.11.2015
2. ↑ [Advisory Board](#), Webseite ELP, abgerufen am 07. 11. 2015
3. ↑ [Members](#), Webseite European Logistics Platform, abgerufen am 06. 11. 2015